

Kleine Anfrage

der Abgeordneten Frau Krieger und der Fraktion DIE GRÜNEN

Bildungsauftrag von Museen und Kunstvereinen in der Bundesrepublik Deutschland

Kürzlich wurde der Abschlußbericht des vom Bundesminister für Bildung und Wissenschaft vergebenen Forschungsvorhabens „Der Bildungsauftrag von Museen und Kunstvereinen“, durchgeführt von der Arbeitsgruppe für empirische Bildungsforschung Heidelberg, vorgelegt (Nuissl/Paatsch/Schulze, Bildung im Museum, Heidelberg 1987, im folgenden zitiert mit BiM).

Wir fragen die Bundesregierung:

1. Sind der Bundesregierung die Ergebnisse dieses Forschungsprojektes bekannt? Wenn ja, welche Schlußfolgerungen zieht sie daraus?
2. Stimmt die Bundesregierung der Feststellung der Autoren zu, daß die Museen in der Bundesrepublik Deutschland „im großen und ganzen nach wie vor Stätten des Sammelns, Forschens und Bewahrens, weniger der Bildung“ (BiM S. 267 f.) und insgesamt zuwenig an den Bedürfnissen ihrer Besucher/innen orientiert seien?

Wenn nein, wie begründet die Bundesregierung ihre Auffassung?

3. Ist die Bundesregierung der Auffassung, daß das Museum neben seiner konservatorischen und Forschungsaufgabe auch wesentlich eine Bildungsaufgabe wahrzunehmen hat?

Worin besteht nach Meinung der Bundesregierung diese Bildungsaufgabe konkret?

4. Stimmt die Bundesregierung der Auffassung zu, daß, um die Realisierung dieses Bildungsauftrages des Museums zu gewährleisten, Maßnahmen ergriffen werden müssen, die das Museum für alle Bevölkerungsgruppen attraktiv machen, also ein „Museum für alle“ (BiM S. 268) geschaffen werden muß?
Wenn ja, was bedeutet das speziell für Museen der experimentellen und avantgardistischen Kunst, die bekanntlich dem breiten Publikumsgeschmack nicht unbedingt entspricht?
Wenn nein, wie vereinbart die Bundesregierung diese Auffassung mit den Ergebnissen der Studie?

5. Welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus der Tatsache, daß die Museen und Kunstvereine in der Bundesrepublik Deutschland trotz stetig steigender Besucherzahlen nach wie vor fast ausschließlich von den traditionellen Bildungsschichten genutzt werden (vgl. BiM S. 64 ff.)?
- a) Ist die Bundesregierung der Auffassung, daß auf eine Veränderung dieses Zustandes hingewirkt werden muß?
- b) Welche Maßnahmen hat die Bundesregierung ergriffen, um diesen Zustand zu ändern?
6. Sieht die Bundesregierung eine Notwendigkeit, die Museumspädagogik aus ihrer „Exotenrolle“ (BiM S. 209) zu lösen, sie stärker in die allgemeine Museumstätigkeit zu integrieren und innerhalb der Museumshierarchie aufzuwerten?
- a) Teilt die Bundesregierung insbesondere die Auffassung der Autoren, daß mehr Stellen für Museumspädagogen/innen geschaffen, der Status museumspädagogischer Arbeit verbessert, Aus- und Fortbildungsangebote für Museumspädagogen/innen ausgeweitet sowie museumspädagogische Weiterbildungsmöglichkeiten für Fachwissenschaftler/innen angeboten werden müssen?
- b) Welche Maßnahmen hat die Bundesregierung in dieser Hinsicht ergriffen?
7. Wie bewertet die Bundesregierung neuere Formen der Vermittlungsarbeit im Museum, wie z. B. den Einsatz technischer Medien, begleitende kulturelle Veranstaltungen und Aktivitäten außerhalb des Museums?
- Ist die Bundesregierung bereit, die Entwicklung neuer museumspädagogischer Ansätze zu fördern bzw. inwieweit tut sie dies bereits?
8. Sieht die Bundesregierung in der Tatsache, daß
- a) Frauen unter den Museumsbesuchern/innen mit einem Anteil von ca. 40 % (BiM S. 63) deutlich unterrepräsentiert sind und
- b) die laut Forschungsbericht in Fachkreisen häufig als minderwertig eingeschätzte Museumspädagogik ein eher von Frauen ausgeübter Beruf ist,
- eine geschlechtsspezifische Diskriminierung?
- Wie könnte dieser Diskriminierung von Frauen entgegen gewirkt werden?
- Ist die Bundesregierung bereit Maßnahmen gegen diese Diskriminierung von Frauen zu ergreifen?

Bonn, den 9. Mai 1988

Frau Krieger

Dr. Lippelt (Hannover), Frau Schmidt-Bott, Frau Vennegerts und Fraktion